

Zumas Zulu-Tänze schrecken die Wirtschaft nicht

Der künftige südafrikanische Präsident gilt als Pragmatiker. Für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik gibt es wenig Spielraum.

clb. JOHANNESBURG, 20. April. Jacob Zuma ist kein langweiliger Politiker. Der mit großer Wahrscheinlichkeit nächste Staatspräsident Südafrikas tanzt bei Wahlkampfveranstaltungen gerne traditionelle Zulu-Tänze. Er wirft sich zu feierlichen Anlässen auch mal Leopardenfelle über. Trifft er Geschäftsleute, gibt er sich jedoch seriös im schwarzen Anzug. Keine reißerischen Parolen, sondern Sätze wie aus einem Lehrbuch zur Marktwirtschaft kommen dann aus seinem Mund.

Dass die jetzige Regierungspartei ANC mit Zuma als Präsidentschaftskandidat an diesem Mittwoch wiedergewählt wird, steht fest. Seit dem Ende der Apartheidregierung gewann der ANC jede Wahl mit überwältigender Mehrheit. Kritiker befürchten unter Zuma verstärkte staatliche Interventionen und Umverteilung. Der exotisch anmutende Kandidat aber hat es dennoch geschafft, sich die Gunst vieler Wirtschaftsvertreter zu sichern. Die Tatsache, dass die Landeswährung Rand und die Aktienkurse an der Johannesburger Börse in den vergangenen Monaten zulegen, deutet darauf hin, dass Investoren dem Wahltermin gelassen entgegensehen. "Zuma ist schon in den Kursen berücksichtigt", sagt ein Analyst. Freilich seien Überraschungen nicht ausgeschlossen, wenn der politische Alltag nach dem Wahlkampf einziehe.

Unternehmer sehen in Zuma einen Pragmatiker, der ihnen im Gegensatz zu seinem von vielen als arrogant beschriebenen Vorgänger Thabo Mbeki Gehör schenkt. Er sei ein "Teamspieler" und ein "guter Zuhörer", sagt Cyril Ramaphosa, ehemaliger Gewerkschaftsführer und heute einer der reichsten Geschäftsleute in Südafrika. "Zuma lädt Leute mit anderen Ansichten ein und bemüht sich um eine ausgewogene Lösung. Er wird sehr rege Kontakte zur Geschäftswelt haben."

Auch bei ausländischen Managern hat die anfängliche Skepsis gegenüber dem Präsidentschaftskandidaten abgenommen - ungeachtet der Korruptionsvorwürfe, wegen deren er noch bis vor kurzem vor Gericht gestellt werden sollte. Nicht umsonst reiste der sich als "Zulu-Boy" vermarktende Zuma im vergangenen Jahr nach London, Davos und in die Vereinigten Staaten, um die internationale Wirtschaftswelt kennenzulernen. Die Reaktionen fielen überwiegend positiv aus.

Die Charmeoffensive geht jedoch nicht nur von Zuma aus. Die Lobbyisten in Südafrika laufen seit Monaten zur Höchstform auf. Auf einem Empfang der amerikanischen Handelskammer in Johannesburg wurde Zuma schon im vergangenen Jahr wie ein großer Staatsmann umgarnt und permanent "Präsident Zuma" genannt - angeblich, um seinen bisherigen Posten als ANC-Präsident zu berücksichtigen. "Zuma weiß, dass er ohne eine funktionierende Wirtschaft keinen Erfolg haben kann. Das Schicksal von Millionen armen Südafrikanern liegt ihm natürlich am Herzen, aber das kann man ihm nicht vorwerfen", sagte Klaus Döring, ehemaliger Siemens-Chef in Südafrika, dieser Zeitung. Wirtschaftsprofessor Raymond Parsons beruhigt in seinem Buch "Zumanomics", dass Zuma kein zweiter Hugo Chávez sei, auch wenn seine Regierung vermutlich eine wichtigere Rolle im Wirtschaftsleben spielen will.

Wie diese Politik aussehen wird, kann bisher kein Wirtschaftsvertreter vorhersagen. Viele bezeichnen Zuma als Chamäleon. Er verkünde seiner Zuhörerschaft das, was sie hören wolle. Bei Wahlkampfauftritten in Fußballstadien beteuere er, dass ihm nichts mehr am Herzen liege als das Wohl der Armen. Trifft er mit Managern zusammen, wird er nicht müde, die Vorzüge einer bedachten, konservativen Fiskalpolitik hervorzuheben. Bei Investoren ist die Sorge

daher noch nicht beseitigt, dass es nach der Wahl zu einem politischen Links-Ruck kommen könnte. Rating-Agenturen zeigen sich schon alarmiert und kündigten an, bei dem geringsten Anzeichen einer Veränderung des bisher relativ marktfreundlichen Umfelds zu reagieren. Vor allem wird um die Unabhängigkeit der Zentralbank und um die bisher weitgehende Handlungsfreiheit des Finanzministers gefürchtet. Beides halten Ökonomen für wichtige Gründe, weshalb Südafrikas Wirtschaft von 2004 bis 2007 jedes Jahr um mehr als 5 Prozent gewachsen ist.

Zuma hat seinen Aufstieg den AllianzPartnern des ANC, der Gewerkschaft Cosatu und der Kommunistischen Partei, zu verdanken. Diese protestieren jedoch seit langem dagegen, dass die Zentralbank ausschließlich ein Inflationsziel verfolgt - ungeachtet der hohen Arbeitslosigkeit im Land. Auch das Finanzministerium sieht sich heftiger Kritik von Zuma-Anhängern ausgesetzt, mit seiner stabilitätsorientierten Fiskalpolitik das Elend der Armen ignoriert zu haben. Südafrikas Staatsdefizit lag im vergangenen Jahr bei 1,2 Prozent.

Eine wichtige Rolle spielt für die Wirtschaft, ob es an der Spitze dieser beiden wichtigen Institutionen einen Wechsel geben wird. Zentralbankgouverneur Tito Mboweni und Finanzminister Trevor Manuel genießen großes Vertrauen der Investoren. "Die Märkte sind wegen der Wirtschaftskrise ohnehin nervös. Ein Wechsel würde weiteres Öl ins Feuer gießen", sagt Francis Beddington von Insparo Asset Management. Im vergangenen Jahr hatte der Aktienindex der Johannesburger Börse auf eine überraschende Rücktrittsmeldung Manuels hin binnen Minuten 4 Prozent verloren. Als sich die Meldung als falsch erwies, legte der Index ebenso schnell wieder zu. Manuel deutete in dieser Woche an, dass er einem Verbleib nicht abgeneigt sei. Mbowenis Amtszeit läuft bis August dieses Jahres.

Allen Wahlkampfversprechen zum Trotz sehen Fachleute angesichts der Wirtschaftskrise ohnehin nur wenig Spielraum für einen Kurswechsel. Südafrikas Wirtschaft steckt nach zwei Quartalen mit schrumpfender Wirtschaftsleistung jetzt ebenfalls in einer Rezession. "Egal, wer die Wahl gewinnt, wird wenig Möglichkeiten haben, überhaupt etwas zu bewegen", stellt Mboweni fest, "das Überleben der Krise wird das Schlagwort sein." Zudem sind viele Wahlversprechen des ANC wie mehr Häuser, mehr Arbeitsplätze, großzügigere Sozialleistungen nicht neu. Bisher versagten jedoch die öffentlichen Institutionen, die Programme umzusetzen und das bereitgestellte Geld auszugeben. Eine Reform der Behörden wird daher eine der größten Aufgaben für Zuma sein.